

Süßes Gift

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Gesellschaft spalten und den Aufstieg bisher Benachteiligter verhindern¹.

Anke Hassel

Die Idee wird bei Ökonomen, Managern, Aktivisten und Unternehmern immer beliebter: das bedingungslose Grundeinkommen als Alternative zur traditionellen Sozialpolitik. Statt wie bislang Hilfe zum Lebensunterhalt bei Notlagen und Leistungen aus der Arbeitslosen- und Rentenversicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter soll es in Zukunft den gleichen Betrag für alle geben. Im Gespräch sind Beträge zwischen 1 000 und 1 200 Euro im Monat für jeden Erwachsenen. Dafür gibt es dann keine Sozialhilfe, kein Hartz IV, aber voraussichtlich auch keine Rentenversicherung oder Arbeitslosenversicherung mehr.

Das Grundeinkommen verspricht Freiheit, weil sich jeder und jede selbst überlegen kann, ob sie, ob er erwerbstätig sein will oder lieber Freiwilligendienste oder auch gar nichts tun will. Es verspricht auch der Politik den Luxus, sich nicht mehr um Arbeitslosigkeit zu sorgen. Und es erscheint für Unternehmen als eleganter Weg aus der Rationalisierungsfalle. Arbeitsplätze, die dem technischen Wandel oder der Globalisierung zum Opfer fallen, sind kein Problem mehr, da im Zweifel die Betroffenen finanziell abgesichert sind und zu Hause ihre Kinder betreuen oder Hobbys nachgehen können.

Dennoch ist das Grundeinkommen eine Sackgasse. Das am häufigsten genannte Problem ist die Finanzierbarkeit. Die Kosten sind nicht beziffert, sicher ist nur, dass sie hoch sein werden. Wie Einkommen und Vermögen dafür besteuert werden sollen, bleibt offen. Es wäre das größte finanzielle Wagnis in der neueren Geschichte, wenn das Sozialsystem radikal auf ein Grundeinkommen umgestellt würde.

Aber die finanzielle Seite ist noch nicht einmal das wichtigste Argument gegen ein



Prof. Dr. Anke Hassel

Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung